



Foto: Uwe Strömke

Peinlich!

Die Bundesvorstände der Linkspartei und der WASG haben weitere Schritte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei vereinbart. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte: Die Berliner WASG ist ausgeschert. Sie trägt das Kooperationsabkommen, das beide Parteien verbindet, nicht mit. Und sie hält an einer eigenständigen Kandidatur zu den Berliner Wahlen 2006 fest, in Konkurrenz zur Linkspartei.PDS. Das ist leider mehr als eine kleine, bockige Rebellion der Berliner WASG gegen ihre Bundespartei. Dieser Alleingang kann das Gesamtvorhaben gefährden, auch den Bestand unserer Bundestagsfraktion. Denn in einer Fraktion dürfen nur Mitglieder sein, deren Parteien bei Wahlen nicht gegeneinander antreten. Das Schlimme daran ist: Die Berliner WASG weiß das. Sie probt dennoch den Aufstand.

Seit unserem Landesparteitag Anfang Dezember hat die Berliner WASG sogar noch zwei weitere Gegner ausgemacht: Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Beide litten an Realitätsverlust, teilte ein WASG-Sprecher den Medien mit. Auch das trägt nicht gerade zu einem gedeihlichen Miteinander in der Hauptstadt bei. Höchst unpolitisch ist es obendrein. Und peinlich.

Übrigens auch für etliche WASG-Mitglieder, denn der Berliner Landesverband ist sehr widersprüchlich und heterogen. Einige haben es satt, dass sich ihr Landesvorstand an keine Absprachen mit der Linkspartei hält. Andere wollen mit uns endlich über Politik sprechen, direkt und nicht über die Medien-Bande. Aber wie sagte Brecht: „Die Verhältnisse, die sind nicht so.“ Noch ist die Mehrheit der Berliner WASG auf Kriegspfad.

■ Klaus Lederer,
Vorsitzender der Linkspartei.PDS Berlin

Der neu gewählte Landesvorsitzende Klaus Lederer im Gespräch mit Oskar Lafontaine, der in einer begeisternden Rede der Linkspartei.PDS Berlin den Rücken stärkte und dazu aufrief, in der Auseinandersetzung mit der Berliner WASG den Blick in die Zukunft, auf die künftige Berliner Landespolitik und gemeinsame Projekte zu richten.

Selbstbewusst ins Wahljahr 2006

Neuer Landesvorstand mit Klaus Lederer an der Spitze gewählt

Am ersten Dezemberwochenende trat der 10. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Berlin zu seiner ersten Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Aufgaben der Partei im bevorstehenden Wahljahr.

Die Linkspartei.PDS kämpft darum, erneut als drittstärkste Kraft in Berlin gewählt zu werden und so die Option für eine rot-rote Regierung zu erneuern. Unser Wahlprogramm wollen wir auf sechs bis acht wesentliche landespolitische Projekte konzentrieren. Dabei bleibt soziale Gerechtigkeit Richtschnur unseres Handelns.

Der Landesparteitag bekräftigte seinen Willen, auch in Berlin den Parteibildungsprozess voranzubringen, mit der WASG Gemeinsamkeiten auszuloten, Vertrauen aufzubauen und politische Projekte für einen gemeinsamen Wahlkampf vorzubereiten. Forderungen der WASG, eine erneute Regierungsbeteiligung von vornherein auszuschließen, und die Ankündigung, anderenfalls eigenständig zur Wahl anzutreten, stießen auf die deutliche Kritik der Delegierten.

Große Zustimmung fand dagegen die Position von Wolfgang Albers, der in der Berliner WASG eine Minderheit vertritt. Er sagte, dass wir die Linke so stark wie möglich machen müssen, damit wir so viel linke Politik wie möglich in künftigen Koalitionsverhandlungen durchsetzen können.

Oskar Lafontaine bestärkte uns darin, dass Linke in schwierigen Situationen bereit sein sollten, Verantwortung zu übernehmen – vor allem dann, wenn wir den Beweis antreten können, dass die Alternativen deutlich schlechter für die Bürger wären. Deutlich wurde in der Debatte auch, dass wir uns gründlich mit den Ergebnissen unserer Politik in Berlin auseinandersetzen müssen.

Gregor Gysi erinnerte uns an die schwierige Ausgangssituation und daran, dass wir mit unserer Politik dazu beigetragen haben, die Stadt zu vereinen und das politische Wirken einer linken Partei auch im Westteil der Stadt zur Normalität werden zu lassen. Er rief uns dazu auf, mit Stolz auf das Erreichte in den Wahlkampf zu gehen. Der Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich, der den Landesvorsitz an Klaus Lederer übergab, zog in seiner Rede eine positive Bilanz unserer Landespolitik und meinte mit Blick auf den Wahltag am 17. September 2006: Wir haben den Acker gepflügt, die Saat gesät. Nun wollen wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern die Früchte ernten.

■ Annegret Gabelin,
stellvertretende Landesvorsitzende

Thema:

Lebensgestaltung – Ethik – Kulturen

Ein neues Unterrichtsfach für die Berliner Schule

Sozialticket bleibt auch 2006

Auch im kommenden Jahr wird es in Berlin ein Sozialticket geben, das Berlinerinnen und Berlinern, die zum Beispiel von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe leben müssen, ermöglicht, den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen. Die rot-rote Koalition entschied, der BVG eine Ausgleichszahlung von 5,5 Mio. Euro zu gewähren, damit diese das Angebot zum halben Preis des Monatstickets weiter aufrechterhält. Die Linkspartei.PDS-Senatoren Heidi Knake-Werner und Harald Wolf hatten sich nach der Abschaffung des Sozialtickets dafür eingesetzt, dass es – anders als in anderen Städten der Bundesrepublik – in Berlin ein solches Mobilitätsangebot für sozial Schwache überhaupt wieder gibt.

Vorschuljahr in Kita beitragsfrei

Alle Berliner Vorschulkinder können ab 2007 beitragsfrei die Kita besuchen. Das beschlossen Linkspartei.PDS und SPD in den Haushaltsberatungen. Wie es aus der Fraktion hieß, verbindet die Linkspartei.PDS damit die Hoffnung, dass noch mehr Kinder auch aus sozial schwachen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund damit bessere Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulstart erwerben.

Palast-Einsatz begrüßt

Der Fraktionschef der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus, Stefan Liebich, hat begrüßt, dass nun auch Bündnis 90/Die Grünen das Anliegen für ein Abrissmoratorium des Palastes der Republik unterstützen. Er bedauerte zugleich, dass dies nicht schon geschehen ist, als die Grünen in der Bundesregierung noch den notwendigen Einfluss besaßen. Anträge für ein Abrissmoratorium, die die Fraktionen der Linkspartei und der Grünen im Bundestag inzwischen eingebracht haben, wurden in die Ausschüsse verwiesen.

Es wird höchste Zeit, dass die Berliner Schülerinnen und Schüler ein ordentliches Unterrichtsfach zur Vermittlung von Werten und ethischen Verhaltensnormen angeboten bekommen, in dem sie sich mit ihrer eigenen urbanen, multikulturellen und multiethnischen Lebenswirklichkeit auseinandersetzen können. Das neue Fach sollte eine Chance sein, in der Schule Grundlagen für ein interkulturelles Zusammenleben zu legen. Eine zu enge fachliche Orientierung auf die Nähe der Ethik zur Philosophie wird das jedoch nicht leisten können. Weil wir hier auch die Intervention der Sozial-, Kultur- und Religionswissenschaften brauchen, sollte schon der Name des Unterrichtsfaches ausdrücken, worum es geht. Mein Vorschlag dazu ist: Lebensgestaltung – Ethik – Kulturen (LEK). Das signalisiert die Anlehnung an das Brandenburger Fach LER, legt den Schwerpunkt jedoch nicht auf „Religionskunde“, sondern macht mit dem Begriff „Kultur“ deutlich, dass die Fähigkeit zum interkulturellen Dialog einen hohen Stellenwert besitzt. Diese diskursive Auseinandersetzung mit Religionen, Weltanschauungen und Kulturen auf der Basis grundlegender, im Grundgesetz oder in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fixierter Werte und Normen sollte als Bildungsziel fachspezifisch formuliert werden.

Für ganz wesentlich halte ich, dass LEK kein konkurrierendes Angebot zum freiwilligen Religions- und Weltanschauungsunterricht wird. Vielmehr sollte es hier, wie geplant, enge Kooperationen geben. Davon profitieren beide Seiten – und am Ende die Schülerinnen und Schüler.

Qualität und Erfolg eines neuen Werteunterrichts werden im Übrigen sehr stark davon abhängen, wie lebensnah er gestaltet wird, sprich: wie prononciert er neben der Vermittlung grundlegender Werte und Normen auf die spezifische Situation der Schülerinnen und Schüler Bezug nimmt und ihre alltagskulturellen Erfahrungen einbezieht. Die sind in einzelnen Stadtbezirken durchaus unterschiedlich. Das im Schulgesetz formulierte neue Leitbild gewährt den Schulen mehr Freiräume und legt ihnen eine größeres Maß an Eigenverantwortung auf. Beides sollte die Schulen ermuntern, Unterrichtseinheiten auch mit anderen Kultur- und/oder Migrantenverbänden zu gestalten, um in angemessener Weise die konkrete Lebenswirklichkeit der Schülerinnen, Schüler und ihrer Familien in das neue Fach zu integrieren.

■ Dr. Thomas Flierl

Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur



Wir sind mehr Unter den Demonstranten gegen einen Nazi-Aufmarsch am Vormittag des 3. Dezember am S-Bahnhof Schöneweide waren auch viele Delegierte des Landesparteitages, der deshalb erst am Nachmittag begann.



Prof. Dr. Hakki Keskin ist Mitglied der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Im Januar wird er in seinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg sein Wahlkreisbüro eröffnen.

Bundestag:

Fraktion DIE LINKE.

im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 22 77 12 48
Fax: (0 30) 22 77 62 48
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Dr. Gesine Löttsch

Tel.: (0 30) 22 77 17 86
Fax: (0 30) 22 77 60 70

Wahlkreisbüro

Ahrenschooper Str. 5
2. Obergeschoss
13051 Berlin
Tel.: (0 30) 99 27 07 25
Fax: (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de
Bürgersprechstunde:
10. Januar 2006, 16.30 bis
17.30 Uhr

Petra Pau

Tel.: (0 30) 22 77 10 95
Fax: (0 30) 22 77 00 95

Wahlkreisbüro

Henny-Porten-Str. 10-12
12627 Berlin
Tel.: (0 30) 99 28 93 80
Fax: (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de
Bürgersprechstunde:
13. Januar, 12 bis 14 Uhr

Dr. Gregor Gysi

Tel.: (0 30) 22 77 27 00
Fax: (0 30) 22 77 67 00

Wahlkreisbüro

Brückenstr. 28
12439 Berlin
Tel.: (0 30) 63 22 43 57
gregor.gysi@bundestag.de
Eröffnung des Wahlkreisbüros:
4. Januar 2006
15 Uhr

Prof. Dr. Hakki Keskin

Tel.: (0 30) 22 77 08 40
Fax: (0 30) 22 77 68 38

Wahlkreisbüro demnächst
Feurigstr. 67/68

10781 Berlin
hakki.keskin@bundestag.de
www.keskin.de

Probleme global betrachten

Prof. Hakki Keskin, geboren 1943 in Macka (Türkei), Politikwissenschaftler, zog über die Landesliste Berlin als Parteiloser für die Linkspartei.PDS in den Bundestag ein.

Du hast starke Wurzeln in Hamburg, bist aber nun Berliner Abgeordneter. Was verbindet dich mit Berlin?

Hakki Keskin: Ich habe an der Freien Universität studiert, übrigens während der 68er-Bewegung. Anschließend habe ich hier promoviert, Politik und Wirtschaft, und gearbeitet. Insgesamt war ich so fast 14 Jahre in Berlin wissenschaftlich und politisch tätig.

Du gehörst zu den Fraktionsmitgliedern mit Parlamentserfahrung. Was ist jetzt anders als im Hamburger Landtag?

Hakki Keskin: Im Bundestag müssen wir die Probleme globaler betrachten als in einem Stadtparlament. Nehmen wir die Arbeitslosigkeit, selbst Bildungsfragen, sie sind kommunal spürbar, aber sie verlangen nach bundesweiten Antworten und darüber hinaus.

Alle Abgeordneten haben ihre Spezialgebiete. Was ist deins?

Hakki Keskin: Ich habe mich fast ein Vierteljahrhundert mit Migrations- und Integrationsfragen befasst, als Wissenschaftler, als Politiker und als langjähriger Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Das bleibt mein Thema. Außerdem bin ich der EU-Beauftragte unserer Bundestagsfraktion.

Wie ist die Resonanz in den türkischen Medien auf deine Wahl?

Hakki Keskin: Sehr, sehr gut. Zahlreiche Fernsehkanäle hier in Deutschland, in der

Türkei und europaweit interessieren sich für unsere Meinung zur neuen Koalition und für unsere Alternativen.

Was ergab dein Schnellkurs mit der Berliner Linkspartei.PDS?

Hakki Keskin: Ich bin positiv überrascht. Die Leute der Berliner PDS-Spitze haben mich sehr offen und korrekt aufgenommen. Ich beobachte, dass sie eine vernünftige Politik verfolgen. Und ich erlebe, wie sie sich aufrichtig um die Chance mühen, eine neue, bundesweite, starke Linke zu schaffen. Darauf lege ich sehr viel Wert.

Du beschreibst auf deinen Internetseiten deine Vision: nämlich soziale Gerechtigkeit für alle und Würde jedes Einzelnen. Was heißt das politisch konkret?

Hakki Keskin: Wir erleben seit Jahren eine unglaubliche Umverteilung von unten nach oben. Den Armen wird genommen, den Reichen wird gegeben. Das können wir als Linke nicht akzeptieren.

Wo können dich Berlinerinnen und Berliner erreichen?

Hakki Keskin: In Kürze werde ich in der Schöneberger Feurigstraße ein Wahlkreisbüro eröffnen. Dort wird ein engagierter Mitarbeiter ansprechbar sein und auch ich zu den monatlichen Bürgersprechstunden.

Termine:

10. Dezember

Zweiter STOPTAG:

„Der Palast bleibt!“

Demonstration

14 Uhr, Simsonweg/Ecke

Scheidemannstr.

Nähere Infos: www.palastbuendnis.de

12. Dezember

Was bringt die große Koalition?

Bürgerforum mit Gesine Löttsch (MdB)

und Stefanie Schulze (MdB)

18 Uhr, Stadtteilzentrum Kiezspinne,

Schulze-Boysen-Str. 38

14. Dezember

„Einer trage des anderen Last“

Filmvorführung mit anschließender

Diskussion

Mit Ellen Brombacher und Prof. Heinrich

Fink

19 Uhr, „Rote Insel“, Feurigstr. 67/68,

10781 Berlin

14. Dezember

Willkommen!? Junge MigrantInnen im Kampf um Integration

Salon interkulturell, Musik, Politik

Mit Dr. Erhart Körting (Senator für Inneres)

und jungen MigrantInnen der Gruppe

J.O.G. (Jugendliche ohne Grenzen)

Moderation: Karin Hopfmann (MdB)

Eintritt: 1,50 Euro

19 Uhr, OXIDENT, EventBar, Frankfurter

Allee 53, 10247 Berlin

15. Dezember

DISKURSKreativ

Forum Neue Linke

Ein Projekt von LiPaNet/WASG und

Linkspartei.PDS Berlin

Auftakt einer Veranstaltungsreihe -

Ideenwerkstatt

19 Uhr, Rote Insel, Feurigstr. 68/69,

10781 Berlin

31. Dezember

Dritter STOPTAG: „Der Palast bleibt!“

Nähere Infos: www.palastbuendnis.de

25. Januar 2006

Gesine Löttsch lädt ein zum Gespräch

mit Prof. Niedermeyer zum Thema

Rechtsextremismus

19 Uhr, Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Str.

5, 13051 Berlin

Impressum:

Die Linkspartei.PDS

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@pds-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 5. 12. 2005

Kalenderblatt:

2. Dezember 1990

Gesamtberliner Wahlen

Zum Abschluss des Wendejahrs 1990 wurde in Berlin am 2. Dezember neben dem Bundestag auch das erste Gesamtberliner Abgeordnetenhaus gewählt. Die PDS hatte einen komplizierten Wahlkampf zu führen.

Erstens gab es sie nur – allerdings stark – in Ostberlin, aber zwei Drittel der Wähler lebten in Westberlin. So wurde dort eine Wahlpartei, die Linke Liste/PDS, gegründet. Was aber zunächst zum Neuaustrag aller westlinker Uralt-Konflikte führte! Zweitens war der tägliche Wahlkampf mit intensiven programmatischen Debatten gekoppelt, denn die künftige Fraktion basierte auf einer offenen Liste und musste ab dem ersten Tag arbeitsfähig sein. Drittens fielen am 26. Oktober der Wahlkampfauftakt und der PDS-Finanzskandal zusammen. Sofort gab es einen starken Druck auf die PDS, nicht zu den Wahlen anzutreten.

Im Wahlkampf setzte die Berliner PDS vor allem darauf, an die Stelle einer bloßen „Westausdehnung“ ein faires Zusammenwachsen der Stadt zu setzen. Und auf ein Programm zur Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen, die im Prozess der Sanierung und Zusammenführung der Stadt entstehen sollten. Zum ersten Mal fanden große Wahlkampfveranstaltungen

der PDS auch in Westberlin statt – z.B. in der traditionellen Hasenheide oder die Abschlussveranstaltung in der Deutschlandhalle. Dem insgesamt aufgeschlossenen Interesse in den Ost-Bezirken standen viel Misstrauen in die PDS und auch unverhohlener Hass in Westberlin sowie in nahezu allen Medien gegenüber.

Insgesamt fuhr die PDS mit 9,2 Prozent der Stimmen – bei 80,8 Prozent Wahlbeteiligung (!) – ein für viele überraschend gutes Ergebnis ein. Im Abgeordnetenhaus stellte die PDS mit 23 Mitgliedern die drittstärkste Fraktion.

Bei der Parlamentskonstituierung am 11. Januar 1991 in der Nikolaikirche hätte es fast einen neuen „PDS-Skandal“ gegeben: Die Sicherheitskräfte konnten erst nach einiger Zeit definitiv ausschließen, dass eine sorgsam eingepackte Leberwurststulle, die man beim PDS-Abgeordneten Norbert Pewestorff observiert hatte, nicht als gefährliches Wurfgeschoss gegen Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien zu definieren war ...

■ Peter-Rudolf Zotl

15. Januar:

Auf nach Friedrichsfelde zu Rosa und Karl!



Die Linkspartei.PDS Berlin ruft auf zum ehrenden Gedenken an Rosa und Karl am 15. Januar 2006 von 9 bis 13 Uhr, Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde.